

Die Berliner Abgeordnetenhauswahl 2006 und die Rolle der Linkspartei.PDS als Koalitionspartner

Marleen Gambel



Marleen Gambel

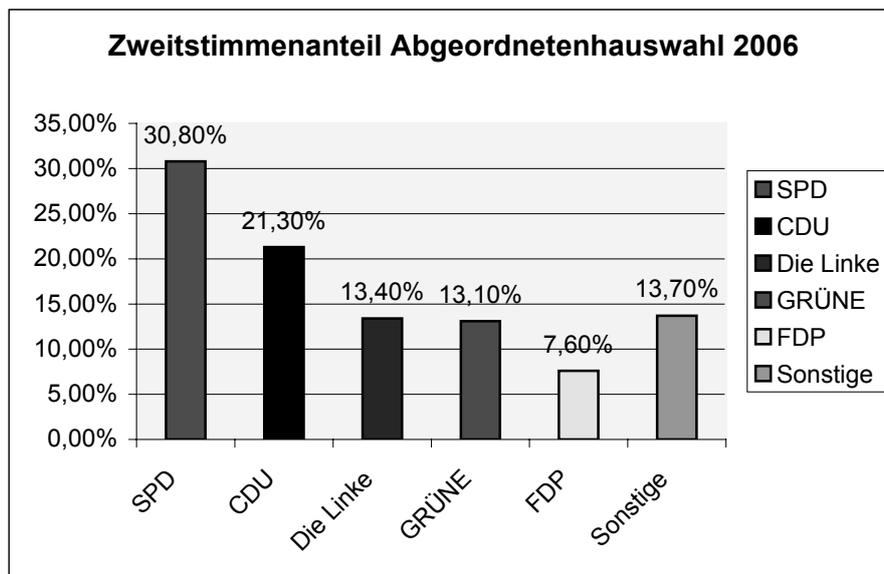
Zusammenfassung

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2006 musste die Linkspartei.PDS starke Verluste hinnehmen. Infolgedessen veränderte sich ihre Rolle als Koalitionspartner der SPD. Während die Linke in der ersten rot-roten Koalition vor allem strategische Ziele verfolgte, versucht sie sich nun inhaltlich zu profilieren.

1. Das Wahlergebnis

Wohl wissend, dass die Abgeordnetenhauswahl 2001 unter einmaligen, für die Linkspartei außergewöhnlich günstigen

Rahmenbedingungen stattgefunden hatte – zu nennen sind hier in der Hauptsache landespolitische Inhalte wie der Bruch der großen Koalition in Folge des Bankenskandals und die Kandidatur Gregor



Eigene Darstellung.

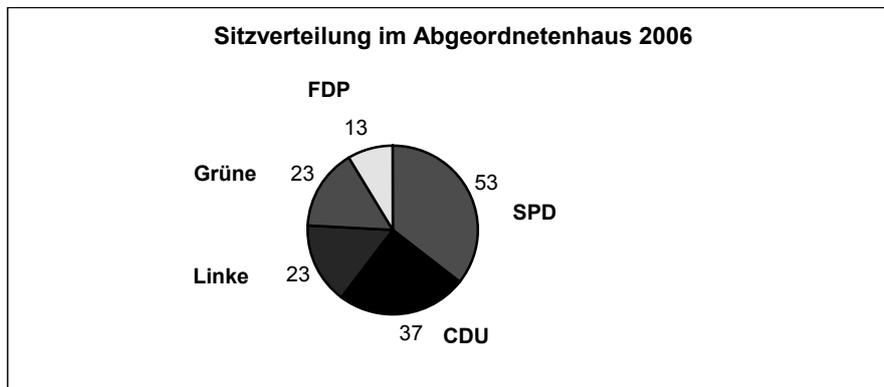
Neben dem in allen Bundesländern zu verzeichnenden Trend sinkender Wahlbeteiligung ist in Berlin das Phänomen einer „doppelten Wahlabstinenz“ erkennbar

Gysis als Regierender Bürgermeister – bemühte sich die Linkspartei schon zu Beginn des Wahlkampfes 2006, den Erwartungsdruck zu mindern und machte deutlich, dass ein Ausnahmeergebnis wie vor fünf Jahren für sie kaum wiederholbar sei und mit Verlusten im Vergleich zu 2001 gerechnet werden müsse. Gleichwohl waren Enttäuschung und Überraschung groß, als am 17. September 2006 das Wahlergebnis¹ bekannt wurde (siehe oben).

Damit, dass der Rückgang der Wählerstimmen so dramatisch ausfallen würde, hatte niemand bei der Linkspartei ernsthaft gerechnet: gerade einmal 13,4% der Zweitstimmen konnte die Partei auf sich vereinen und musste somit ein Minus von 9,2 Prozentpunkten hinnehmen - so viel wie keine andere Partei im Abgeordnetenhaus. Sie wurde nur knapp drittstärkste Partei vor den Grünen, welche ihr Ergebnis von 2001 um 40% auf 13,1% steigern konnten. Die Koalitionspartnerin SPD blieb weiterhin stärkste Partei und erreichte mit 30,8% ihr bestes Ergebnis seit 1990. Im bürgerlichen Lager brachte es die CDU dagegen fertig, ihren historischen Tiefstand von 2001 noch einmal zu unterbieten und landete bei 21,3%. Auch die FDP fiel in der Wählergunst von 9,9% auf 7,6% zurück. Bemerkenswert ist darüber hinaus der mit insgesamt 13,7% hohe Anteil der sonstigen Parteien² – darunter die WASG mit

2,9% sowie die GRAUEN (3,8%) und die NPD (2,6%). Damit ergibt sich folgende Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus (s. unten).

Die Wahlbeteiligung sank eklatant auf 58% (-10,1 Prozentpunkte). In Ostberlin fiel sie auf 53,8%, im Westen auf 61,1%. Dies mag teilweise auch auf den von landespolitischen Themen geprägten, insgesamt nach einer ruhigen Legislaturperiode eher zurückhaltend und ohne politische Zuspitzungen geführten Wahlkampf zurückzuführen sein, während dem bereits deutlich wurde, dass aufgrund der Schwäche der CDU ein Regierungswechsel kaum möglich sein würde. Neben dem in allen Bundesländern zu verzeichnenden Trend sinkender Wahlbeteiligung ist in Berlin das Phänomen einer „doppelten Wahlabstinenz“ erkennbar: ein großer Teil der Anhänger sowohl einer Regierungspartei, als auch der größten Oppositionspartei enthielten sich aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik bzw. der geringen Wahrscheinlichkeit eines Regierungswechsels ihrer Stimme. Infolgedessen bildete 2006 die Gruppe der Nichtwähler mit 42% der Wahlberechtigten die größte „Partei“. Angesichts dieser Wahlbeteiligung sind für die Analyse des Wahlergebnisses vor allem die absoluten Stimmzahlen von Interesse. Die deutlichsten Veränderungen sind hier bei der Linken erkennbar: sie verlor na-



Eigene Darstellung.

hezu die Hälfte ihrer Wähler von 2001, von denen der überwiegende Teil nicht zu anderen Parteien überwechselte, sondern keine Stimme abgab. In Anbetracht des Wahlergebnisses der SPD schienen die Anhänger der Linkspartei die Regierungsarbeit der rot-roten Koalition weit weniger positiv zu beurteilen als die vormaligen Wähler der Sozialdemokraten. Während sich 63% der SPD-Anhänger mit der Arbeit ihrer Partei im Senat zufrieden und nur 33% unzufrieden zeigten, war die Zustimmungsrate im Lager der Linken weitaus geringer: nur 55% ihrer Anhänger waren mit der Regierungsarbeit zufrieden, 43% sahen sie kritisch (Infra-test dimap 2006a: 3). Insgesamt wurde die Arbeit der SPD im Senat von den Wahlberechtigten unmittelbar vor der Wahl auf einer +5/-5 Skala mit 0,6 positiv, die der Linkspartei mit -0,5 dagegen negativ bewertet (Forschungsgruppe Wahlen 2006: 1). Zudem hatte die vormalige PDS von allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien am meisten Schwierigkeiten, ihre Anhänger für die bevorstehende Wahl zu interessieren: weit mehr als ein Drittel der Sympathisanten zeigte wenig bis gar kein Interesse (Infra-test dimap 2006a: 1). Nachdem die früher als oppositionelle Protestpartei aufgetretene Linke im Wahlkampf 2006 eindeutig für eine Fortsetzung der

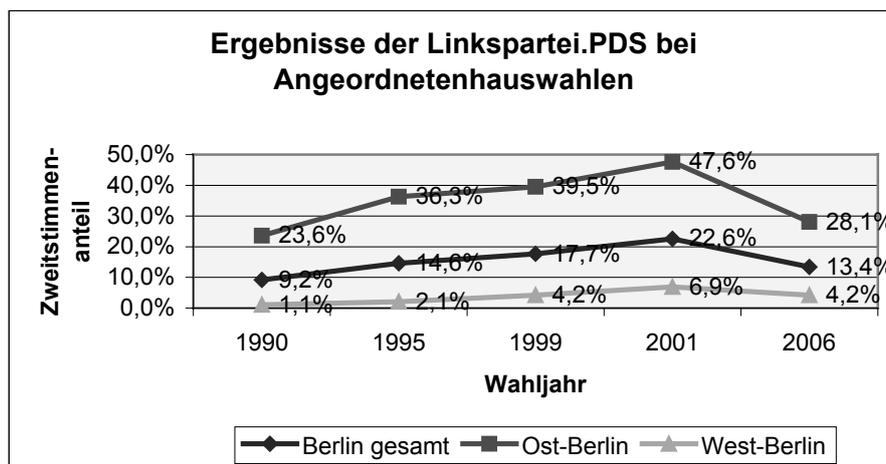
Koalition mit der SPD warb, verweigerten ihr im Osten rund 147 000, im Westen etwa 34 000 ihrer ehemaligen Wähler die Stimme. Die frühere PDS stürzte in Ostberlin um fast 20 Prozentpunkte auf nur noch 28,1% ab, im Westen verlor sie auf niedrigem Niveau weitere 2,7 Prozentpunkte und erzielte 4,2%. Obwohl die Linkspartei durch die Koalition mit der SPD in der gesamten Stadt an Akzeptanz gewonnen hat, weist sie mit einem Westergebnis, das fast 70% unter dem Gesamtdurchschnitt liegt auch weiterhin die stärkste Ost-West-Differenz aller Parteien auf. Damit ist sie trotz Regierungsbeteiligung im Westen noch kaum angekommen. Insgesamt fiel die Linke sogar noch hinter ihren Wähleranteil von 1995 zurück.

In Anbetracht des Wahlergebnisses der SPD schienen die Anhänger der Linkspartei die Regierungsarbeit der rot-roten Koalition weit weniger positiv zu beurteilen als die vormaligen Wähler der Sozialdemokraten.

2. Die Ursachen für das Wahlergebnis der Linkspartei

Die Ursachen für das schlechte Ergebnis der Linken sind vielschichtig. Zum Einen hat die Linkspartei in Berlin, wie auch bundesweit (Moreau/Schorpp-Grabiak 2002: 28), erhebliche Schwierigkeiten mit ihrem Kompetenzprofil, das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz der Partei ist äü-

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz der Partei ist äußerst gering



Eigene Darstellung

Parteienkompetenzen in Berlin September 2006 (in %)

Kompetenzen	SPD	CDU	L.PDS	FDP	GRÜN E	Keine Partei/ weiß nicht
Für soziale Gerechtigkeit in Berlin sorgen	35	9	18	3	9	22
Verschuldung Berlins in den Griff bekommen	22	21	2	5	1	48
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	28	20	11	5	10	24
Integration von Einwanderern voranbringen	28	10	7	1	26	25
Den Wissenschaftsstandort Berlin voranbringen	32	25	5	6	6	25
Den Wirtschaftsstandort Berlin voranbringen	26	29	3	7	2	31
Arbeitsplätze in Berlin sichern und neue schaffen	25	21	2	5	3	41
Die Zukunftsprobleme des Landes lösen	28	16	3	3	6	40

Quelle: Infratest dimap 2006a

Eine weitere Ursache für das schwache Abschneiden der Linkspartei war sicherlich der eigenständige Wahlantritt der WASG.

berst gering. Umfragen zufolge schrieben die Berliner der Linken unmittelbar vor der Wahl nur in den Bereichen „soziale Gerechtigkeit“ und „Bildungspolitik“ nennenswerte Kompetenz zu (aber selbst hier wird sie von der SPD weit überholt). In so wichtigen Feldern wie „Arbeitsplätze schaffen und sichern“, „Zukunftsprobleme des Landes lösen“ und „Verschuldung in den Griff bekommen“ (was ja eines der Hauptanliegen der vergangenen Legislaturperiode und Rechtfertigungsgrund für verschiedene sozialpolitische Einschnitte war) rangiert die Linkspartei mit 2% bzw. 3 % weit abgeschlagen hinter SPD und CDU.³

Vergleicht man diese Daten mit den Angaben der Wähler auf die Frage, welches die wichtigsten politischen Probleme in Berlin sind, wird das Dilemma der Linkspartei noch deutlicher: unter den fünf meist genannten Bereichen – Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (62%), Bildung (24%), Haushaltskonsolidierung (12%), Wirtschafts- und Integrationspolitik (jeweils 10%) (Infratest dimap 2006b: 1) – findet sich nur ein Politikfeld, in dem Vertrauen in die politische Kompetenz der Linken gesetzt wird.

Eine weitere Ursache für das schwache Abschneiden der Linkspartei war sicherlich der eigenständige Wahlantritt der WASG. Ungeachtet der bundesweiten Fusion von WASG und Linkspartei reichte der Berliner Landesverband der WASG

einen eigenen Wahlvorschlag ein und erzielte damit 2,9% der Zweitstimmen. Dabei sind nicht so sehr die 40 000 Stimmen, die auf die WASG entfielen ursächlich für das Ergebnis der Linkspartei. Denn obwohl die WASG etwa die Hälfte ihrer Wähler von der Linkspartei „abgeworben“ hat, stellten diese bei der früheren PDS nur rund ein Zehntel der Wähler von 2001 (Hoff 2006a: 38). Vielmehr schien der Eindruck einer zerstrittenen Linken und die Zweifel am Erfolg des neuen Linksbündnisses zahlreiche Wähler abgeschreckt zu haben. Der von der Bundestagswahl ausgehende Schub des gemeinsamen Linksbündnisses konnte angesichts der Auseinandersetzungen zwischen WASG und Linkspartei in Berlin keine Wirkung entfalten. Stattdessen wurde im Westen „die WASG als West-Linken gesehen und von denjenigen gewählt, die die PDS 2001 in der Sondersituation des damaligen Wahlkampfes wählten und 2005 eine gemeinsame Linke in den Bundestag entsenden wollten. Im Osten wurde die WASG von denjenigen gewählt, die die PDS nicht mehr wählen wollten. Verloren haben letztlich beide. [...] es wurden diejenigen abgeschreckt, die Hoffnung in ein gemeinsames Linkspartei-Projekt setzen.“ (Hoff 2006b: 3)

Neben dem offenen Konflikt mit der WASG dürfte auch die Person der Spitzenkandidaten eine wichtige Rolle für das Wahlergebnis gespielt haben. Mit

Harald Wolf schickte die Linke einen Kandidaten ins Rennen, dessen Sachverstand und fachliche Kompetenz zwar allgemein anerkannt waren, seine nüchterne Sachlichkeit wirkte jedoch oft spröde und unnahbar. Nicht nur seine westdeutsche Herkunft war für manchen Linkspartei-Anhänger problematisch, ihm wurde zudem selbst von Parteifreunden „mangelndes Kommunikationstalent“ bescheinigt (Berliner Zeitung; 23.09.06). Gerade im Vergleich zum über alle Parteigrenzen hinweg beliebten Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit traten Wolfs Schwächen überdeutlich zu Tage. Ein „Euphorie-Wahlkampf“ wie 2001 mit Gregor Gysi war mit Wolf nicht möglich. Stattdessen hat die Berliner Linkspartei mit personellen Defiziten, d.h. einem Mangel an politisch hoch qualifiziertem Personal zu kämpfen (Interview Wawzyniak).

Darüber hinaus wird in der Linkspartei, aber auch in den Medien immer wieder die „Profillosigkeit“ der Partei innerhalb der rot-roten Koalition kritisiert. Die Linke stand während der vorangegangenen Legislaturperiode vor dem Dilemma, einerseits aus (v.a. bundespolitischen) strategischen Gründen Regierungs- und Bündnisfähigkeit unter Beweis stellen zu wollen, andererseits aber auch die Bedürfnisse und Erwartungen der eigenen Wähler- und Mitgliederklientel berücksichtigen zu müssen. Dieser Balanceakt glückte der Linkspartei offenbar nicht. Zwar ist es ihr gelungen, während einer vergleichsweise ruhigen Regierungszeit ein stabiles Vertrauensverhältnis zur SPD-Führung aufzubauen. Doch die koalitionsinterne Harmonie hatte ihren Preis: das Profil des kleineren Partners war infolge dieser Reibungslosigkeit für den Wähler kaum zu erkennen, in den Medien kursierte das Bild des „zahnlosen Tigers“. Die Tatsache, dass Debatten im Senat hauptsächlich intern gelöst wurden und lediglich der ausgehandelte Kompromiss der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde, trug der Linkspartei den Vorwurf

ein, sich der SPD und ihrer Sparpolitik widerspruchslos und ohne eigene Konzepte unterworfen zu haben. Damit brach „die von SPD und Linkspartei.PDS vor der Wahl als so geräuschlos und effektiv gepriesene Zusammenarbeit [...] der Linkspartei.PDS letztlich das Genick“ (Berliner Morgenpost: 19.09.06). Die Linke habe Wowereit zwar „vier Jahre lang eine geräuschlose Regierungszeit geschenkt. Allerdings waren sie so sehr damit beschäftigt zu beweisen, dass sie regierungsfähig sind, dass ihre Wähler sie im Jahr 2006 offenbar nicht wieder erkannt haben“ (Frankfurter Rundschau: 18.09.06). Ob es sich hierbei vorwiegend um ein Vermittlungsproblem handelt, oder der Spagat zwischen politischem Anspruch auf Bundesebene und pragmatischer Regierungspolitik in Berlin (inklusive Umsetzung der Hartz IV – Gesetze) für die Linke nicht vielleicht doch, wie Kritiker einer Regierungsbeziehung meinen, nicht zu schaffen ist, wird derzeit auch innerhalb der Partei heftig diskutiert. Unbestritten ist, dass es der Linken während der vergangenen Legislaturperiode nicht gelungen ist, zentrale Projekte zu entwickeln und so durchzusetzen bzw. zu kommunizieren, dass sie als Ergebnis eigenständigen Handelns erkennbar waren sowie ihre eigene politische Rolle in der Koalition zu definieren und diese im Parlament bzw. in der Auseinandersetzung mit der SPD ausreichend wahrzunehmen.

Ein „Euphorie-Wahlkampf“ wie 2001 mit Gregor Gysi war mit Wolf nicht möglich

3. Die Rolle der Linkspartei als Koalitionspartner

Die vergangene Legislaturperiode stand aus Sicht der Linkspartei unter einem klar definierten strategischen Ziel: es galt, Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und sich als zuverlässigen und politikfähigen Koalitionspartner zu präsentieren, um auf diesem Weg eine „Normalisierung“ im Umgang mit der Linkspartei zu erreichen sowie die strategische Isolation im Parteiensystem zu durchbrechen. Dass

es sich hierbei um das Hauptmotiv der Linken für die Übernahme von Regierungsverantwortung handelt bestätigt auch Liebich, der betont, dass es für ihn „das Wichtigste war und ist, Akzeptanz zu gewinnen. Es war ein Glücksfall, dass wir hier in Berlin zeigen konnten, dass wir weder eine Diktatur aufbauen, noch den Sozialismus einführen wollen. [...] Der Akzeptanzgewinn für die PDS war nur auf diesem Weg möglich.“ (Interview Liebich)⁴ Von einer Regierungsbeteiligung in Berlin erhoffte sich die Linke – mehr noch als von dem rot-roten Bündnis in Schwerin – eine Signalwirkung auf Bundesebene, wo eine Koalition mit der umbenannten SED von allen anderen Parteien ausgeschlossen wird. Hierfür war die Linke auch zu Zugeständnissen bei der Postenverteilung innerhalb der Koalition bereit und begnügte sich mit drei Senatoren sowie einem „Mitspracherecht“ bei der Besetzung des Justizsenators, obwohl ihr in Hinblick auf das Wahlergebnis von 2001 rechnerisch vier Ressorts zugestanden hätten. Aber auch inhaltliche Fragen wurden dem strategischen Ziel untergeordnet und die eigenen Anhänger nicht selten harten Belastungsproben unterzogen. So mutete die Linke als Koalitionspartner der SPD in der Regierung ihren Anhängern Maßnahmen zu, die sie als Oppositionspartei strikt abgelehnt hatte, wie z.B. die Privatisierung landeseigener Wohnungen, Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst sowie die Kürzung sozialer Leistungen. Sowohl innerhalb der Parteilührung als auch der Fraktion herrschte ein auf reibungsloses Regieren abzielender Grundkonsens vor, aufgrund dessen keinerlei Bereitschaft gezeigt wurde, „taktische“ Regierungskrisen zur Befriedigung der Basis herbeizuführen (Koß/Hough 2006: 187).

Kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern, handelte es sich oftmals nicht um landespolitische Inhalte, sondern um unterschiedliche bundespolitische Positionen von SPD und Linkspartei zurückzuführen sind. In-

samt drangen Konflikte selten nach Außen, vielmehr regelte man Unstimmigkeiten intern unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und teilweise auch der Parteien. Auf die formale Einberufung des Koalitionsausschusses wurde dabei auf Wunsch der SPD meist verzichtet. Stattdessen fanden regelmäßige informelle Treffen zwischen Wolf und Wowereit bzw. Liebich und Müller statt, bei denen potentielle Konflikte ausgelotet und möglichst schon im Vorfeld ohne Einbeziehung der jeweiligen Fraktionen oder Parteien Kompromisse ausgehandelt wurden (Interview Liebich). Die Linke – bekannt für ihre heftigen innerparteilichen Flügelkämpfe und eine Basis, die ihrer Parteispitze in der Vergangenheit bereits mehr als einmal die Gefolgschaft versagte – demonstrierte in Berlin Politikfähigkeit. Dies ist u.a. auf die relativ geringe Basisorientierung des Berliner Landesverbandes zurückzuführen. Anders als in Mecklenburg-Vorpommern war man hier bestrebt, den Einfluss des Parteitages auf die Politik in der Koalition möglichst gering zu halten, wodurch die Führungsriege bestehend aus Wolf, Lederer und Liebich über wesentlich größere Freiräume verfügte als ihre Kollegen in der Schweriner Regierung (Koß/Hough 2006: 187). Es ist hauptsächlich auf die straffe politischen Führung dieses Trios zurückzuführen, dass sich die Linkspartei in Berlin bisher als handlungsfähiger und v.a. verlässlicher Akteur präsentierte.

Dieser Verlässlichkeit ist es zu verdanken, dass die Linkspartei auch 2006 (trotz ihrer Verluste bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus) von Wowereit als Koalitionspartner ausgewählt wurde – diesmal nicht aus einem Mangel an Alternativen wie 2001, sondern aufgrund der Erfahrungen aus der vorangegangenen Legislaturperiode. Während in Mecklenburg-Vorpommern eine Neuauflage der Koalition an der hauchdünnen Mehrheit für rot-rot scheiterte, die laut Ministerpräsident Ringstorff ein stabiles Regieren unmöglich machen würde, entschied sich die Berliner SPD ungeachtet der ähnlich

Von einer Regierungsbeteiligung in Berlin erhoffte sich die Linke eine Signalwirkung auf Bundesebene

Bei Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern handelte es sich oftmals nicht um landespolitische Inhalte, sondern um unterschiedliche bundespolitische Positionen von SPD und Linkspartei

knappen Mehrheitsverhältnisse für eine Fortsetzung der Koalition mit ihrem bisherigen Partner und begründete dies ausdrücklich mit der Verlässlichkeit der Linkspartei. Darüber hinaus deutet einiges daraufhin, dass bei der Entscheidungsfindung gegen rot-grün und für eine Neuaufgabe des Bündnisses mit der vormaligen PDS auch zwischenmenschliche Sympathien und Vertrauensverhältnisse ausschlaggebend gewesen sein dürften. Das Vertrauensverhältnis der Protagonisten von SPD und Linkspartei stellte für Letztere einen entscheidenden Vorteil gegenüber den Grünen dar.

Dabei war die Ausgangslage der Linkspartei für eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD 2006 in mancherlei Hinsicht schwieriger als fünf Jahre zuvor. 2001 ging die Linke mit ihrem bisher höchsten Zweitstimmenanteil aus der Abgeordnetenhauswahl als eindeutige Siegerin gestärkt hervor, zum Bündnis mit der Linkspartei boten sich der SPD nach dem Scheitern der Ampelkoalitionsverhandlungen keine praktikablen Alternativen zur Regierungsbildung. Dass sich die damalige PDS ungeachtet dessen sowohl bei der Bildung der Koalition mit radikalen Forderungen zurückhielt, als auch während der Regierungszeit gemäßigt auftrat und sich der SPD in nahezu allen Belangen meist ohne vernehmbares Murren unterordnete, war einzig auf strategische Überlegungen zurückzuführen, wonach die Isolation der Linken im Parteiensystem überwunden sowie Politik- und Bündnisfähigkeit unter Beweis gestellt werden sollten. 2006 hingegen war die Position der Linkspartei nicht nur angesichts des gravierenden Verlustes an Wählerstimmen geschwächt, sie stand darüber hinaus nach der Wahl auch in direkter Konkurrenz zu den Grünen, die ebenso viele Sitze im Abgeordnetenhaus errungen hatten. Das Wahlergebnis versetzte die SPD damit in die komfortable Lage, sowohl mit ihrem bisherigen Koalitionspartner als auch den Grünen über ein mögliches Bündnis verhandeln zu

können. Hatte Wowereit schon im Wahlkampf zwar für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Sozialisten plädiert, sich aber auch die Option für rot-grün offen gehalten, (Berliner Zeitung: 19.09.06) nutzte er nun den strategischen Vorteil der SPD als dominant player und verkündete unmittelbar nach der Wahl, mit beiden Parteien gleichberechtigt Sondierungsgespräche führen zu wollen.

Ungeachtet ihrer im Vergleich zu 2001 geschwächten Position war die Linkspartei 2006 gezwungen, der SPD wesentlich dominanter und fordernder entgegenzutreten. Die Basis beklagte lautstark die bisherige Unterwürfigkeit und Profillosigkeit gegenüber den Sozialdemokraten in der Koalition und verlangte von ihrem politischen Führungspersonal ein selbstbewussteres Auftreten. Dem folgenden gingen die Verhandlungsführer der Linken mit drei Kernforderungen in die Koalitionsgespräche, von deren Erfüllung sie ihren Eintritt in ein neues Bündnis mit der SPD abhängig machten: keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Einführung der Gemeinschaftsschule und Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Die Neuaufgabe der rot-roten Koalition sollte nicht mehr dem allgemeinen Akzeptanzgewinn als politik- und bündnisfähiger Akteur dienen, sondern der inhaltlichen Profilbildung und Pflege der eigenen Klientel. Dass das dominanter Auftreten dabei eher symbolischer Art war und von Gesprächen auf gleicher Augenhöhe keine Rede sein konnte, zeigen Verlauf und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen: die Verhandlungsführer der Linkspartei schwächten ihre Kernforderungen soweit ab, dass eine Zustimmung der SPD nicht schwer gefallen sein dürfte. So wurde als Einstieg in den für die Linke programmatisch so wichtigen ÖBS lediglich die Schaffung einer geringen Anzahl von Stellen beschlossen, während beim Thema Gemeinschaftsschule nur noch die Rede vom „Einstieg in ein längeres gemeinsames Lernen“ war. Dass der Koalitionsvertrag „kein Anlass für Jubelgesän-

Dieser Verlässlichkeit ist es zu verdanken, dass die Linkspartei auch 2006 von Wowereit als Koalitionspartner ausgewählt wurde.

Dass von Gesprächen auf gleicher Augenhöhe keine Rede sein konnte, zeigen Verlauf und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen.

ge“ ist, einige „Konflikte mit der SPD vertagt wurden“ und „manche Sachen im Kern schlecht“ sind, musste auch die Linkspartei Führung zugeben (Redebeitrag Lederer). Bezüglich der Anzahl der von der Linkspartei zu besetzenden Ressorts konnten sich Harald Wolf & Co. zwar mit der Forderung nach drei Senatoren durchsetzen. Allerdings zeigt ein Blick auf den Ressortzuschnitt, dass die Linke auch hier Abstriche machen musste. Mit Wolf als Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Lompscher für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie Knake-Werner für Integration, Arbeit und Soziales, musste die Linke insgesamt doch Zuständigkeiten abgeben, gerade der Verlust des Kulturressorts wird als schmerzlich empfunden.

4. Ausblick

Angesichts dieser Ausgangslage wurden sowohl innerhalb der Partei als auch der Fraktion der Linkspartei Stimmen laut, die den Gang in die Opposition einer Fortsetzung der Regierungsarbeit vorgezogen hätten. Dass die Linkspartei in der jetzigen Legislaturperiode ein ebenso bequemer Koalitionspartner für die SPD sein wird, wie es sich diese erhofft und erwartet hatte, dürfte angesichts der knappen Mehrheit für rot-rot von nur zwei Stimmen im Abgeordnetenhaus fraglich sein. Nicht nur, dass die neue Fraktionsvorsitzende der Linken, Carola Bluhm, deutlich weiter links vom pragmatischen Liebich einzuordnen ist und Parteichef Lederer ankündigte, von nun an erkennbar in der Koalition kämpfen zu wollen. Innerhalb der Linksfraktion finden sich auch mehrere Abgeordnete, die auf dem Parteitag der Linken gegen den Koalitionsvertrag gestimmt hatten. Wie wackelig die rot-rote Mehrheit ist, zeigte sich bereits bei der Wahl Klaus Wowereits zum Regierenden Bürgermeister, als dieser erst im zweiten Wahlgang und auch hier mit einer Gegenstimme aus den Reihen der Koalition ins Amt gewählt wurde.

Anmerkungen

- 1 Alle folgenden Angaben zum Wahlergebnis: Bericht des Landeswahlleiters, <http://www.statistik-berlin.de/wahlen>
- 2 Insgesamt konkurrierten 2006 23 Parteien um Zweitstimmen (2001: 13).
- 3 Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Forschungsgruppe Wahlen. Hier wird zudem deutlich, dass die Linkspartei selbst in dem für sie so bedeutsamen Bereich der Ost-West-Kompetenz hinter der SPD liegt (Forschungsgruppe Wahlen 2006: 2).
- 4 Ähnlich äußerte sich auch Gregor Gysi in verschiedenen Redebeiträgen.

Literatur

- Forschungsgruppe Wahlen (2006): Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. 17. September 2006. Mannheim.
- Hoff, Benjamin (2006a): Landtags- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen. Berlin.
- Hoff, Benjamin (2006b): Wandel in den Großstädten. Eine Einschätzung der Ergebnisse der Linkspartei.PDS bei den Landtagswahlen Herbst 2006. Berlin.
- Infratest dimap (2006a): Länder-Trend Berlin 09/2006. Berlin.
- Infratest dimap (2006b): Länder-Trend Berlin 08-II/2006. Berlin.
- Koß, Michael/Hough, Daniel (2006): Zurück in die Zukunft? Die Linkspartei.PDS und die Verlockungen des Populismus. In: Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt / New York.
- Moreau, Patrick/Schorpp-Grabiak, Rita (2002): „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“. Die PDS: eine Bilanz. Baden-Baden.
- Interview* mit Halina Wawzyniak am 10.11.06 in Berlin
- Interview* mit Stefan Liebich am 05.10.2006 in Berlin
- Redebeitrag*: Klaus Lederer am Außerordentlichen Parteitag der Linkspartei.PDS Berlin am 19.11.2006
- Berliner Morgenpost*
- Berliner Zeitung*
- Frankfurter Rundschau*
- <http://www.statistik-berlin.de/wahlen>